Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 2. September 2011
Ausgabe 167
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **2**
› 289 neue Azubis starten in eine berufliche Karriere bei der Stadt 2
› Langzeitarbeitslose im Abseits – Wirtschaftsreferent Reiter gegen Kürzungen in der Arbeitsförderung 5
› Tourismusamt München warnt vor Einladung der „Münchener Tourist-AG“ 7
› Mitmachaktion nur für Jungen: Star wars 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Wie erhielt Saif al Arab al-Gaddafi seinen langjährigen Aufenthalt in München? 9

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **14**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Montag, 5. September, 18.30 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, spricht anlässlich der Auftaktveranstaltung der Reihe „München – Partner der Migrantenunternehmen". Mit den Informationsveranstaltungen will das Referat für Arbeit und Wirtschaft ein Forum für den Austausch zwischen Politik und Migrantenunternehmen schaffen. Der erste Abend richtet sich an mittel- und osteuropäische Unternehmen.

Mittwoch, 7. September, 14.30 Uhr, Luganoweg 8
Stadtrat Oliver Belik (SPD) gratuliert dem Münchner Ehepaar Gertraud und Werner Matern im Namen der Stadt zur Eisernen Hochzeit.

Meldungen

289 neue Azubis starten in eine berufliche Karriere bei der Stadt
(2.9.2011) „Du arbeitest nicht für jeden? Du willst mehr als nur eine Rente? Du willst einen Beruf der Sinn macht?" Genau, dachten sich 5.336 Berufsanfängerinnen wie Berufsanfänger und bewarben sich bei der Stadt München für einen Ausbildungsplatz in diesem Jahr. Mit diesen Slogans macht die Landeshauptstadt auf 24 Ausbildungsberufe bei der Stadtverwaltung und in den Eigenbetrieben aufmerksam. Darunter weit mehr als nur Verwaltungsberufe: Das Ausbildungsspektrum reicht von der Landwirtin über den Herrenmaßschneider, der medizinischen Fachangestellten oder der Servicekraft für Dialogmarketing bis hin zum Bachelor of Science, einem dualen Studiengang in Kooperation mit der renommierten Hochschule München. Insgesamt 324 Ausbildungsplätze wurden angeboten, 289 konnten vergeben werden.
„Trotz anhaltend angespannter Haushaltslage hält die Landeshauptstadt München an ihrem hohen Ausbildungsengagement fest." Dies betonten sowohl Bürgermeister Hep Monatzeder wie Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle bei der Willkommensfeier im Aus- und Fortbildungszentrum der Stadt. Wieder übertrifft die Stadt München die vom Stadtrat beschlossene freiwillige Ausbildungsverpflichtung von mindestens 270 Ausbildungsplätzen pro Jahr. Die Statistik zeigt, dass 2006 nur 207 Plätze, 2007 bereits 302, 2008 276, 2009 321 und 2010 283 Plätze ver-

geben wurden. Über 17 Millionen Euro investiert die Stadt München mittlerweile jährlich in die Ausbildung ihrer Nachwuchskräfte. Je nach Ausbildung kostet eine oder ein Azubi bis zum erfolgreichen Abschluss zwischen 50.000 und 80.000 Euro.
„Mit derzeit fast 1.000 Auszubildenden in allen Jahrgängen und den 289 neuen Auszubildenden setzt die Stadt München weiterhin ein sozialpolitisches Signal", sagt Bürgermeister Hep Monatzeder. Nicht nur, ergänzt der Personal- und Organisationsreferent. Ausbildung sei vor allem ein Erfolgsfaktor. Denn Wirtschaft und Verwaltung benötigen dringend Nachwuchs: „Statistiken zeigen, dass der Öffentliche Dienst in Deutschland mehr als in anderen europäischen Ländern zu überaltern droht. Wenn immer mehr ältere Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst ausscheiden, wird der Punkt absehbar", so Böhle, „an dem nicht mehr genügend Jüngere nachrücken, die deren Aufgaben erfüllen können." Laut Bundesministerium für Bildung und Forschung schrumpfe die Altersgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 17 und 25 Jahren bis zum Jahr 2030 um rund ein Fünftel. „Auch wenn Ausbildung viel Geld kostet, betrachten wir dies als nachhaltige Investition in unserem ureigenen Interesse." Dadurch könne der Stadtverwaltung auch langfristig eine günstige Altersstruktur erhalten bleiben und eine kompetente und bürgerfreundliche Verwaltung sicher gestellt werden.

Breite Palette an Ausbildungen und Studiengängen

Ab 1. September beginnen nun 226 Nachwuchskräfte ihre Ausbildung oder ein duales Studium in sieben Verwaltungsberufen und 63 in 17 handwerklichen, technischen, kaufmännischen Berufen wie Gärtnerin oder Vermessungstechniker, Kfz-Mechatronikerin oder auch Reiseverkehrskaufmann. 17 Studentinnen und Studenten starten in das duale Studium Bachelor of Science an der Hochschule München und 28 zum Bachelor of arts – Public Management an der Hochschule für angewandtes Management in Erding. Die meisten der 5.336 Bewerberinnen und Bewerbern (2010: 5.300) interessierten sich für die Ausbildung im mittleren Dienst (Verwaltungssekretäranwärterin/Verwaltungssekretäranwärter) (1.221). 45 von ihnen haben das städtische Auswahlverfahren erfolgreich durchlaufen und schlagen nun diese Beamtenlaufbahn ein. 1.202 Schulabgängerinnen und Schulabgänger bewarben sich um eine Ausbildung im gehobenen Dienst. 52 von ihnen werden jetzt zur Diplom-Verwaltungswirtin oder zum Diplom-Verwaltungswirt ausgebildet**.** Begehrt waren auch die zwei Ausbildungsplätze für Reiseverkehrskaufleute (127 Bewerbungen) und Fachkräfte für Veranstaltungstechnik (139 Bewerbungen).

Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt in der Ausbildung

Die Stadt bildet viele junge Menschen aus: Viele mit unterschiedlichen Schulabschlüssen, aber auch mit unterschiedlichem Migrationshinter-

grund. Dr. Thomas Böhle: „Mittlerweile haben wir Azubis mit 13 verschiedenen Nationalitäten (Jugoslawien, Tschechien, Türkei, China, Ukraine, Spanien, Bosnien, Indien, Irak, Kroatien, Italien, Weißrussland, Japan)."
Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt sind Münchner Stärken, die auch das Arbeitsleben bei der Stadt prägen. Inzwischen haben 19 Prozent der Azubis einen Migrationshintergrund. Besonders stolz ist die Landeshauptstadt in diesem Zusammenhang auf zwei Auszeichnungen: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zeichnete im Dezember 2007 die Ausbildungsabteilung der Stadt München für Ihre Bemühungen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus bundesweit aus. Im April 2008 gewann die Landeshauptstadt den Wettbewerb „Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung" mit ihrer Kampagne „Vielfalt als Chance".
Herzlich begrüßen Bürgermeister Hep Monatzeder und der Personal- und Organisationsreferent sieben schwerbehinderte Auszubildende: einer im Bachelor of Science, einer im Bachelor of Arts, fünf bei weiteren Verwaltungsberufen.
Hohe Quantität, aber stark schwankende Qualität in der Ausbildung
„Was die Quantität betrifft, brauchen wir den Vergleich mit der Wirtschaft nicht zu scheuen", betont Dr. Thomas Böhle. Die Qualität der Bewerberinnen und Bewerber unterliegt Schwankungen. „Auch wir haben, wie bundesweit viele Unternehmen, zunehmend Probleme freie Ausbildungsplätze mit geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern zu besetzen." Dies sei nicht nur am demographisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen festzumachen. Trotz doppeltem Abiturjahrgang mache sich die von der Wirtschaft beklagte mangelnde Ausbildungsreife auch in den Auswahlverfahren der Stadt München bemerkbar.
Von der Industrie- und Handelskammer (IHK) hat die Landeshauptstadt für die Qualität ihrer Ausbildung Bestnoten bekommen. Sowohl die Ausbildungen wie die Studiengänge orientieren sich an modernsten Anforderungen. In den dualen Studiengängen wird der Lernstoff überwiegend semivirtuell, also über Online-Plattformen vermittelt. Die Stadt München hat nicht nur die Vermittlung des notwendigen Fachwissens im Blick. Sie fördert speziell soziale Kompetenzen in verschiedenen Projekten. Die Nachwuchskräfte haben während der Ausbildung die Chance, den Blick auch über den Tellerrand zu richten. „Wir bieten Ihnen Studienfahrten, Hospitationen in der Privatwirtschaft sowie Auslandspraktika", so der Personalreferent. Ziel all dieser Maßnahmen und Angebote sei es zum einen, persönliche Kompetenzen zu erweitern. Zum anderen möchte man die Ausbildung möglichst attraktiv gestalten. „Denn wir wissen, dass auch die Landeshauptstadt München mit der Wirtschaft um die besten Azubis konkurriert." Derzeit zeigen nicht nur die sehr hohen Bewerberzahlen, dass die Stadt München

als Ausbildungsunternehmen offensichtlich konkurrenzfähig ist. Auch die Tatsache, dass viele der neuen Azubis nicht aus München kommen, spricht für ein qualitativ hochwertiges Image. „Das bestärkt uns, auf dem bisherigen Weg weiterzumachen", sagt Böhle.
Für 2012 bietet die Landeshauptstadt wieder mindestens 270 Ausbildungsplätze, für die man sich ab Ende September 2011 bewerben kann.
Nähere Informationen, wer sich wann für was bewerben kann, finden Interessierte im Internet unter *www.muenchen.de/ausbildung*

Unter dem fürsorglichen Blick der Bavaria präsentierten sich die 289 neuen Azubis der Stadt München gut gelaunt und voller Tatendrang.

Bürgermeister Hep Monatzeder und Personalreferent Dr. Thomas Böhle fühlten sich sichtlich wohl inmitten der neuen Auszubildenden, die im Team dafür sorgten, dass ihre Kollegin im Rollstuhl trotz Treppe ins Bild lächeln konnte.
Fotos: LHM/Antje Jörg

Fotos von der Willkommensfeier können unter *www.muenchen.de* – Rathaus – Personal- und Organisationsreferat – Aktuelle Infos und Pressemitteilungen heruntergeladen werden.

Langzeitarbeitslose im Abseits – Wirtschaftsreferent Reiter gegen Kürzungen in der Arbeitsförderung

(2.9.2011) Der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter hat gestern zusammen mit Karin Majewski, Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände in München, in einer Pressekonferenz Position zum aktuellen Gesetzesentwurf „Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bezogen.
Reiter kritisierte dabei die Instrumentenreform als ein „von Sparzwängen geleitetes Werk, das auf Kosten von besonders förderbedürftigen Lang-

zeitarbeitslosen umgesetzt werden soll." Gering Qualifizierte und sozial Schwache zählten danach erneut zu den Reformverlierern. Das Gesetz soll Anfang November in Kraft treten.
Nachdem die Fördermittel des Bundes für die aktive Arbeitsförderung 2011 in München bereits um 6,5 Millionen Euro gekürzt worden waren, kommen auf den Eingliederungstitel des Münchner Jobcenters im Jahr 2012 weitere massive Einsparungen der Bundesregierung in Höhe von voraussichtlich 8,9 Millionen Euro zu.
Die zukünftig verschärften Zulassungskriterien für Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, so genannte Ein-Euro-Jobs, bringen eine zusätzliche ernste Bedrohung des öffentlichen Beschäftigungssektors in München mit sich.
„Durch die Neudefinition der Zulassungskriterien ‚Zusätzlichkeit' und ‚Wettbewerbsneutralität' wird das quantitativ wichtigste Förderinstrument der Sozialen Betriebe erheblich eingeschränkt. Bei enger Auslegung der formalen Voraussetzungen sind in den Sozialen Betrieben nahezu keine sinnvollen Tätigkeiten mehr denkbar. Das in München erfolgreiche Konzept der betrieblichen Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen verliert dadurch seinen notwendigen Arbeitsweltbezug", sagte Reiter.
Den Vorwurf, durch Ein-Euro-Jobs komme es zu Wettbewerbsverzerrungen, kann Dieter Reiter nicht nachvollziehen. „Die derzeit am Markt befindlichen 33 Sozialen Betriebe sind seit Jahren eingeführt und bei den relevanten arbeitsmarktpolitischen Akteuren bekannt und akzeptiert. Weder im Austausch mit den Kammern und den Gewerkschaften, noch über andere Kanäle sind mir jemals Konkurrenzbeschwerden privater Betriebe bekannt worden."
Die Münchner Positionen zur Instrumentenreform wurden von Oberbürgermeister Christian Ude in einem Brief an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Ursula von der Leyen bekräftigt.
Die Stadt fordert vom Bundesgesetzgeber Korrekturen in der Arbeitsmarktpolitik:

- Keine Zweiteilung des Arbeitsmarkts! Die verstärkte Konzentration der gesetzlichen Integrationsbemühungen auf gut vermittelbare Arbeitslose vernachlässigt die Hilfen für diejenigen, die auf absehbare Zeit ohne realistische Chance auf eine Vermittlung sind.
- Stärkere Berücksichtigung der kommunalen Interessen! Lokale Beschäftigungsstrategien können mit dem „Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm" des Jobcenters in Abstimmung mit dem Münchner Beschäftigungs- und Qualifzierungsprogramm (MBQ) aktiv gestaltet werden.

- Trennscharfe Zulassungskriterien! Einschränkungen bei Ein-Euro-Jobs gelten nur für Wirtschaftsbetriebe. Soziale und öffentliche Beschäftigungsträger sind davon ausgenommen. Der Gesetzgeber muss den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor legitimieren.

Reiter kündigte an, dass die Stadt München ein verlässlicher Partner der Sozialen Betriebe bleiben werde. Trotz einer schwierigen Haushaltssituation werden im MBQ keine Kürzungen vorgenommen. Reiter sagte: „Im Rahmen unserer Möglichkeiten leisten wir damit weiterhin den höchstmöglichen Beitrag zur Erhaltung der Beschäftigungsgelegenheiten in den Sozialen Betrieben und der öffentlich geförderten Beschäftigung in München." Allerdings könne die Stadt nicht den gesamten Ausfall an Mitteln auffangen. Die Sparmaßnahmen des Bundes im Bereich der Aktiven Arbeitsförderung dürften nicht auf Kosten der kommunalen Kassen umgesetzt werden.Die Münchner Beschäftigungspolitik ist dennoch auf die möglichen Folgen der Instrumentenreform für den Zweiten Arbeitsmarkt vorbereitet. Das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) unterstützt neben der öffentlich geförderten Beschäftigung verschiedenartige Integrationsansätze, etwa bei arbeitsmarktnahen Qualifizierungsmaßnahmen des Verbundprojekts Perspektive Arbeit (VPA).

Tourismusamt München warnt vor Einladung der „Münchener Tourist-AG"

(2.9.2011) Seit einigen Tagen wird das Tourismusamt von besorgten Bürgerinnen und Bürgern vorwiegend aus dem Münchner Umland angerufen. Diese beziehen sich auf ein Schreiben, das von einer Firma „MF Laris GmbH" zusammen mit einer „Münchener Tourist-AG" versendet wird und auf das 50. Jubiläum jener „Münchener Tourist-AG" hinweist. In dem Schreiben mit dem Betreff „München lädt ein" wird der Eindruck eines offiziellen Bezugs zum Tourismusamt der Landeshauptstadt München erweckt. Den Angeschriebenen wird suggeriert, dass sich München bei Bürgerinnen und Bürgern mit einer Stadtrundfahrt und dem Besuch einiger touristischer Ziele bedanken möchte. Dem Tourismusamt München ist weder eine „Münchener Tourist-AG" oder ein Zentrum mit diesem Namen bekannt. Das Tourismusamt München stellt fest, dass die Einladungsschreiben keinen offiziellen Bezug haben und warnt davor, sich auf diese Einladungen einzulassen.

Mitmachaktion nur für Jungen: Star wars

(2.9.2011) Am Mittwoch, 7. September, findet um 10 Uhr in der Stadtbibliothek Allach-Untermenzing erneut eine Mitmachaktion nur für Jungen statt. Alle Jungen im Alter von sieben bis neun Jahren, die sich für Star Wars und die Ausbildung zum Jedi-Ritter interessieren, sind herzlich dazu eingeladen. Mut und Geschicklichkeit gilt es bei verschiedenen Aufgaben unter Beweis zu stellen... und am Ende aller Prüfungen wird das Jedi-Ritter-Diplom überreicht.

Diese Aktion findet wieder im Rahmen der Jungenleseförderung „Lesen bis die Knochen klappern" der Münchner Stadtbibliothek statt und ist nur für Jungen im Alter von sieben bis neun Jahren vorgesehen (Dauer zirka 90 Minuten). Kostenlose Mitmachkarten sind an der Information in der Stadtbibliothek Allach-Untermenzing, Pfarrer-Grimm-Straße 1, erhältlich. Die Teilnehmerzahl ist jedoch begrenzt.

Weitere Informationen gibt es direkt in der Bibliothek, telefonisch unter 1 89 32 99-0 oder per E-Mail: stb.allach-untermenzing.kult@muenchen.de.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 2. September 2011

Wie erhielt Saif al Arab al-Gaddafi seinen langjährigen Aufenthalt in München?
Anfrage Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen) vom 8.7.2011

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mich gebeten, Ihre im Betreff genannte Anfrage zu beantworten.

Im Vorspann zu Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes an: „In der Anhörung des Bayerischen Landtags zu Saif al Arab al-Gaddafi entstand der Eindruck, dass neben anderen Unregelmäßigkeiten auch die Frage eines rechtmäßigen Aufenthalts nicht vollständig geklärt sei. Da die Aufenthaltserteilung in die Zuständigkeit der LHM fällt, wird um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten.

Zu den einzelnen Fragen wird wie folgt Stellung genommen:

Frage 1:
Mit welchem Visum reiste Saif-al Gaddafi in die BRD ein, zu welchem Zweck und mit wessen Zustimmung?

Antwort:
Die Einreise erfolgte mit einem Schengenvisum, ausgestellt durch eine ***italienische*** Behörde. Als Aufenthaltszweck wurde „Touristenaufenthalt" angegeben. Eine deutsche Behörde war im Zusammenhang mit der Ersteinreise in das Schengengebiet nicht beteiligt.

Frage 2:
Welcher Aufenthaltstitel wurde auf welcher Rechtsgrundlage für welche Zeiträume durch welche Behörden erteilt?

Antwort:
Saif-al Gaddafi beantragte am 22.07.2007 eine Aufenthaltserlaubnis zum Besuch eines Sprachkurses. Vorgelegt wurde eine Bestätigung eines

Sprachinstituts vom 15.06.2007 zum aktuellen Sprachunterricht (Deutsch-einzelunterricht).

Die Ausländerbehörde München erteilte Saif-al Gaddafi nach Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt – Visumsabteilung am 26.07.2007 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 16, Abs. 4 AufenthG, gültig bis zum 31.07.2008.

Am 29.07.2008 wurde ein Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Besuch von Sprachkursen und zum Studium gestellt. Vorgelegt wurde ein Zeugnisanerkennungsbescheid der Zeugnisanerkennungsstelle für den Freistaat Bayern, der die Qualifikation des Saif-al Gaddafi für ein Studium an den Universitäten mit freier Wahl der Studienfächer bestätigte. Die Ausländerbehörde München erteilte daraufhin am 24.10.2008 eine Aufenthaltserlaubnis gültig bis zum 28.10.2009 zur Studienaufnahme nach § 16 Abs. 1 AufenthG.

Am 26.10.2009 wurde die Verlängerung des Aufenthaltstitels zum Studium beantragt.
Vorgelegt wurden u. a. eine Studienbescheinigung der European University (akademisches Jahr 2009 - 2010), welche die Einschreibung im Studiengang „MBA with Major in International Business" bestätigte. Saif-al Gaddafi wurde daraufhin durch die Ausländerbehörde München am 30.11.2009 eine Aufenthaltserlaubnis gültig bis 31.01.2012 erteilt.

Laut Ausländerzentralregister erteilte das Landratsamt Ebersberg am 29.09.2010 eine Niederlassungserlaubnis gem. § 19 AufenthG (Hochqualifizierter). Am 28.02.2011 wurde das Erlöschen der Niederlassungserlaubnis durch diese Behörde festgestellt und am 10.03.2011 ein Ausweisungsbescheid erlassen.

Frage 3:
Nach dem Ergebnis der Landtagsanhörung hat al-Gaddafi nie die Universität, sondern lediglich studienvorbereitende Maßnahmen besucht, obwohl sein Aufenthalt offen-sichtlich an studienvorbereitende Zwecke und/oder ein Studium gekoppelt war.

Frage 3 a:
Ist dies zutreffend?

Antwort:
Dies ist nicht zutreffend, eine Studienbescheinigung wurde vorgelegt.

Frage 3 b:
Wenn ja: Für welchen Zeitraum wurde der Aufenthalt für studienvorbereitende Maßnahmen erteilt?

Antwort:
Entfällt, siehe Antwort zu Frage 3 a.

Frage 3 c:
Nach den Verwaltungsvorschriften zum AufenthG ist der Aufenthalt für studien- vorbereitende Maßnahmen (z.B. zum Spracherwerb) auf max. 18 Monate begrenzt. Aus welchem Grund wurde offensichtlich von der Höchstgrenze von 18 Monaten um ein vielfaches abgewichen?

Antwort:
Gemäß Nr. 16.0.6 AufenthG-VwV darf die für die Zulassung zum Studium erforderliche Teilnahme an Deutschsprachkursen, Studienkollegs und anderen Formen staatlich geförderter studienvorbereitender Maßnahmen und studienbezogenen vorbereitenden Praktika i.d.R. nicht länger als insgesamt zwei Jahre dauern (Regelzeitraum).

In Absprache mit der Regierung von Oberbayern wurde eine positive Entscheidung für das beabsichtigte Studium getroffen. Die Studienaufnahme erfolgte zum 11.01.2010.

Frage 3 d:
Welche Behörden waren an der Entscheidung beteiligt?

Antwort:
Beteiligt waren neben der Ausländerbehörde München und der Regierung von Oberbayern die Visumsabteilung des Auswärtigen Amtes sowie die Bayerische Staatskanzlei.

Frage 4:
Da Libyen, dessen Staatsangehörigkeit al-Gaddafi besaß, zu den sog. „Gefährderstaaten" gehört, ist grundsätzlich und ausnahmslos vor jeder Erteilung und Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis eine Sicherheitsbefragung erforderlich.

Frage 4 a:
Wann und wie oft wurde eine Sicherheitsbefragung bei al-Gaddafi durchgeführt?

Antwort:
Von einer sicherheitsrechtlichen Befragung wurde bei al-Gaddafi als Sohn eines ausländischen Staatsoberhaupts abgesehen. Dies ermöglichte die damalige Weisung des BayStMI IA 2 vom 27.03.2003 bei Vorliegen besonderer Umstände im Einzelfall.

Frage 4 b:
Welche Behörden haben die Befragungsergebnisse ausgewertet?

Antwort:
Siehe Antwort 4 a.

Frage 4 c:
Mit welchem Ergebnis?

Antwort:
Siehe Antwort 4 a.

Frage 4 d:
Wurden der Ausländerbehörde durch die Regierung von Oberbayern, das Innenministerium und/oder den Verfassungsschutz Erkenntnisse übermittelt?

Antwort:
Nein.

Frage 4 e:
Lagen der Ausländerbehörde eigene Erkenntnisse vor?

Antwort:
Nein.

Frage 5:
Es ist bekannt, dass gegen al-Gaddafi eine Vielzahl von Ermittlungsverfahren auch gravierender Delikte (u.a. Verstoß gegen das Waffengesetz, Bedrohung) eingeleitet wurden und auch zwei strafrechtliche Verurteilungen erfolgt sind.

Frage 5 a:
Welche Auswirkungen hatte dies auf seinen Aufenthaltstitel?

Antwort:
Die der Ausländerbehörde München bekannt gewordenen Strafverfahren wurden z.T. eingestellt; die beiden Strafbefehle wegen Trunkenheitsfahrten waren nicht ausreichend, um aufenthaltsbeendende Maßnahmen einzuleiten und den Aufenthalt des Saif-al Gaddafi zu beenden.

Die Ausländerbehörde München nahm jedoch das straffällige Verhalten des Saif-al Gaddafi zum Anlass, diesen ausländerrechtlich zu ermahnen und ihn auf die ausländerrechtlichen Folgen weiterer strafrechtlicher Verurteilungen hinzuweisen.

Frage 5 b:
Wurde eine Aufenthaltsbeendigung geprüft?

Antwort:
Aufenthaltsbeendende Maßnahmen wurden geprüft. Im Rahmen der zu treffenden Ermessensentscheidung wurde aus den unter Ziffer 5 a genannten Gründen keine Aufenthaltsbeendigung eingeleitet.

Frage 5 c:
Erfolgte eine Anhörung zur Aufenthaltsbeendigung oder eine ausländerrechtliche Ermahnung?

Antwort:
Siehe Antwort zur Frage 5 a.

Frage 6:
Welche Behörden waren an den Entscheidungen beteiligt? Gab es Weisungen gegenüber der Ausländerbehörde in Bezug auf ausländerrechtliche Entscheidungen?

Antwort:
Die ausländerrechtlichen Entscheidungen im Fall Gaddafi wurden mit den Aufsichtsbehörden, d.h. der Regierung von Oberbayern und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern abgestimmt. Auf Nachfrage wurden auch die Bayerische Staatskanzlei und die Visumsabteilung des Auswärtigen Amtes über den Sachstand informiert. Weisungen hat es nicht gegeben.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 2. September 2011

Grundschule am Arnulfpark – werden die Planungen den Anforderungen gerecht?
Dringlichkeitsantrag Stadtrats-Mitglieder Josef Schmid und Elisabeth Schmucker (CSU)

10-Minutentakt für Freiham
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Georg Kronawitter, Ursula Sabathil, Josef Schmid und Tobias Weiß (CSU)

Worin bestünde der Bezug zur Rathausarbeit in München bei einer Pressekonferenz „Internationale Untersuchungskommission Andrea Wolf“, die in den Fraktionsräumen von „Bündnis 90/Die Grünen und Rosa Liste“ abgehalten werden sollte?
Anfrage Stadtrat Dr. Michael Mattar (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Josef Schmid **Elisabeth Schmucker**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

02.09.2011

Dringlichkeitsantrag
für den Verwaltungs- und Personalausschuss als Feriensenat
am 07.09.2011

Grundschule am Arnulfpark – werden die Planungen den Anforderungen gerecht?

Die Stadt wird beauftragt zu überprüfen, inwiefern die auch von dem Stadtschulrat unterstützten Konzepte für moderne Pädagogik, z. B. Selbstlernphasen in Klein-Gruppen, innere Differenzierung in der Grundschule im Arnulfpark noch umgesetzt werden können.

Begründung:

Die Grundschule am Arnulfpark ist derzeit im Bau, sie soll ab September 2012 in Betrieb gehen. Allerdings wurden bei einer Veranstaltung im Nachbarschaftstreff Arnulfpark Befürchtungen der Eltern laut, dass die Planungen nicht mehr den Anforderungen entsprechen. So entspreche das Gebäude den Schulbau-Richtlinien aus den 90er Jahren, weshalb einige moderne Standards, wie Arbeits- und Vorbereitungszimmer für Lehrkräfte oder flexible Raumeinteilungen, nicht vorgesehen sind.

Es wurde der Wunsch nach Umplanungen laut, nachdem offenbar auch die Vertreter des Schulreferates zugegeben haben, dass man heute so nicht mehr planen würde.

Im Rahmen einer Stadtratsvorlage ist daher zu klären, ob die Verbesserungswünsche der Eltern nach modernerer Pädagogik im derzeitigen Bauzustand noch realisierbar sind bzw. welche Umbauten noch kostengünstig möglich sind. Denn in einem haben die Eltern sicher Recht: Spätere Umbauten bzw. Nachrüstungen werden sicherlich noch teurer.

Die Anregungen der Eltern bezogen sich auf folgende Fragen:

- Ist eine flexible Raumgestaltung möglich?
- Können zwischen den Klassenzimmern Verbindungstüren eingebaut werden?
- Können Arbeits- und Vorbereitungszimmer für Lehrkräfte in jedem Gebäude eingebaut werden?

CSU-Fraktion,Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München;
Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de; wzim.de

- Wie viel Quadratmeter sind für die Mittagsversorgung vorgesehen, zum einen für den Essensraum für die Kinder, zum anderen für die Zubereitung der Speisen? (beides sehr klein...)
- Welche Ausstattung der Küche ist geplant?
- Kann in der Küche auch mit den Kindern selbst gekocht werden?
- Wird eine Versorgung mit Trinkwasser durch Wasserspender der SWM eingebaut?
- Wie können moderne Konzepte der Bewegungsförderung und Gesundheitsförderung auf dem Gelände umgesetzt werden? ("Bewegungsfördernde Schulbaugestaltung“)?

Die Angelegenheit ist dringend, da sich die Schule bereits im Rohbau befindet und mögliche Änderungen sofort in Angriff genommen werden müssten.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Elisabeth Schmucker
Stadträtin

Dr. Georg Kronawitter Josef Schmid
Ursula Sabathil Tobias Weiß

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
02.09.2011

10-Minutentakt für Freiham

Der Stadtrat möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird gebeten, einen mit dem Freistaat Bayern als SPNV-Aufgabenträger abgestimmten Vorschlag vorzulegen, wie nach Inbetriebnahme der S-Bahnstation Freiham gewährleistet werden kann, dass dieses neue Münchner Stadtviertel ähnlich wie die Messestadt Riem mit der U2 Ost möglichst früh einen ganztägigen 10-Minuten-Takt-Schnellbahnanschluss bekommen kann.

Dabei sollte die Stadt nach dem Beispiel der Abmachungen mit der MVG bei der Bedienung von Neubauvierteln (neben der Messestadt auch Ackermannbogen) grundsätzlich eine Bereitschaft signalisieren, anfängliche Betriebskostenzuschüsse auch für die S-Bahn zu leisten, die aber bei zunehmender Besiedelung von Freiham abgeschmolzen werden.

Da auf dem fraglichen S-Bahn-Ast (heute: S8) ohnehin nur eine S-Bahn-Linie fährt, sollte auch geklärt werden, wie man mit einfachen Erweiterungen des Gleisplans erreichen kann, dass die städtisch „bestellten“ 10-Minuten-Verstärker auf der S8-West - die ja ohnehin nur außerhalb der HVZ anfallen, da in der HVZ die S8-West bereits im 10-Minuten-Takt verkehrt – in Freiham eine Wende machen können. Als Alternative hierzu sollte der Stadt Germering die Möglichkeit eröffnet werden, dem Münchner Beispiel zu folgen und die zusätzlichen 10-Minuten-Taktverstärker bis Germering zu bestellen.

Ebenso sollte untersucht werden, ob es ausreicht und deutlich preiswerter kommt, die zusätzlichen 10-Minuten-Taktverstärker nur zwischen (Germering-) Freiham und Pasing pendeln zu lassen, weil außerhalb der HVZ in Pasing ohnehin alle 5 Minuten eine S-Bahn das Stadtzentrum anbindet.

Begründung:
Bei allen Münchner U-Bahnstationen – auch den peripheren - ist mindestens ein 10-Minutentakt bis Mitternacht Standard (leider seit 2009 nicht mehr darüber hinaus). Die große Stadterweiterung Freiham im Münchner Westen wird mindestens noch 10

Jahre nur durch die S-Bahn erschlossen. Immerhin bietet dieser Ast heute schon einen 10-Minuten-Takt während der HVZ zwischen Wessling und München Ost. Aber das sind nur wenige Stunden am Tag. Zwar plant die Stadt langfristig eine weitere Schienenerschließung, deren Ausgestaltung und vor allem Attraktivität aber weitgehend unklar sind.
Hier gilt es pragmatisch vorzugehen und das neue Viertel von Anfang an mit einem stadtüblichen ganztägigen 10-Minuten-Takt zu erschließen. Da die Stadt derartige Leistungen in ähnlich gelagerten Fällen bislang auch bei der MVG subventioniert („bestellt“) hat, sollte man die S-Bahn-Chance beherzt ergreifen.

Um die Verhandlungsposition der Stadt zu stärken, hätten die Antragsteller auch nichts dagegen, wenn vernünftige Bedienungsalternativen von Freiham auch über ein anderes Eisenbahnverkehrsunternehmen oder gar die MVG mit entsprechenden Fahrzeugen dargestellt würden. Es gilt auch hier der freie Netzzugang. Und immerhin erfordert der Ast Freiham – Pasing technisch auch kein Schienenfahrzeug, das die Tunnel-LZB der Münchner S-Bahntriebwägen ET 423 aufweisen muss.

Das mag zwar kompliziert und ambitioniert klingen, aber letztlich gibt es auf absehbare Zeit keine realistischere und vor allem keine preiswertere 10-Minuten-Anbindung von Freiham als die konsequente Nutzung des vorhanden S8-Astes.

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez
Ursula Sabathil, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

gez.
Tobias Weiß
Stadtrat

Dr. Michael Mattar

Fraktionsvorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion der Landeshauptstadt München

Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, TELEFON 089/233-92644, FAX 233-20436, E-MAIL fdp@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

02.09.2011

Schriftliche Anfrage
Worin bestünde der Bezug zur Rathausarbeit in München bei einer Pressekonferenz „Internationale Untersuchungskommission Andrea Wolf“, die in den Fraktionsräumen von „Bündnis 90/Die Grünen und Rosa Liste“ abgehalten werden sollte?

Am Freitag, den 02. September 2011 um 10.30 Uhr, sollte in den Räumen der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen und Rosa Liste“ eine Pressekonferenz zum Thema „Internationale Untersuchungskommission Andrea Wolf (IUK) und der FreundInnen-kreis Andrea Wolf München“ stattfinden.

Siegfried Benker als Fraktionsvorsitzender wollte die Teilnehmer begrüßen, unter anderem Sami Görendag, Türkischer Menschenrechtsverein IHD Van, Angelika Lex, Rechtsanwältin und IUK-Mitglied sowie eine Vertreterin des FreundInnenkreises Andrea Wolf.

Nun findet die Pressekonferenz in den Räumen der grünen Partei statt. Siegfried Benker allerdings beharrt auf sein Recht als Fraktionsvorsitzender, eine solche Pressekonferenz in den Fraktionsräumen zu veranstalten.

Da es um eine grundsätzliche Angelegenheit geht, bitte ich um Beantwortung der folgenden Frage:

Vereinbart sich das Abhalten einer Pressekonferenz „Internationale Untersuchungskommission Andrea Wolf“ oder eine andere allgemeinpolitische Veranstaltung in Fraktionsräumen mit dem Beschluss der Vollversammlung vom 02.07.2008 über die Nutzung von Räumen im Rathaus durch die Fraktionen (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 00488)?

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender